

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA GSOA-ZITIG NR. 198
JUNI 2024

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Die Schweiz und Atomwaffen

Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages ist mehr als nur symbolisch. Die Verantwortung der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen betrifft auch die Finanzierung von Atomwaffen. SEITE 3

Für eine nüchterne Bedrohungsanalyse

Dass Putins Armee morgen am Bodensee steht, ist einiges unrealistischer, als dass ein Erdbeben in der Schweiz unerwartet für eine humanitäre Katastrophe sorgt. Die Absurdität der aktuellen Armeeaufrüstung aufgezeigt. SEITE 4

Frauen in der Armee – eine gelebte Farce

Zwei GSoA-Aktivistinnen berichten vom Besuchstag für Frauen in der Armee: Eine Bestätigung von Vorurteilen über die Armee und deren tief verwurzelten Sexismus. SEITE 5

Sozialstaatsausbau statt Armeeaufrüstung

Die Renten- und Prämienentlastungsvorlagen in diesem Jahr könnten zu einer sozialpolitischen Wende führen. Das eröffnet eine neue Perspektive im Kampf gegen die Armeeaufrüstung. SEITE 8

GEGEN MILITÄRISCHE UND ATOMARE AUFRÜSTUNG!



Liebe Leser*innen

Am 27. März kommunizierte der Bundesrat (mit einem Jahr Verspätung), dass er dem Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) weiterhin nicht beitreten will. Dieser Entscheid ist beschämend. Einerseits setzt sich der Bundesrat damit über einen Parlamentsbeschluss hinweg, der den Bundesrat beauftragt, dem Vertrag beizutreten. Andererseits geht hervor, dass die Kooperation mit der NATO einer der Hauptgründe gewesen sein dürfte für diesen mutlosen Entscheid des Bundesrates. Die Allianz für ein Atomwaffenverbot, bei der die GSoA von Anfang an dabei ist, war für diesen Moment vorbereitet. Nur wenige Stunden nachdem der Bundesrat seinen Entscheid kommuniziert hatte, riefen wir ihn auf, die humanitäre Verantwortung der Schweiz wahrzunehmen und dem Vertrag beizutreten. Die Allianz steckt zurzeit in den Vorbereitungen und wir können es kaum erwarten, mit euch schon bald in die Unterschriftensammlung zu starten. Hierfür freuen wir uns auch über deine tatkräftige Unterstützung! Auf Seite 2 erfährst du, wie du dich engagieren kannst. Auf Seite 3 geben wir dir argumentatives Futter für den Atomwaffenverbotsvertrag und die Dringlichkeit von nuklearen Abrüstungsbemühungen, bei denen auch die Schweiz ihren Beitrag leisten muss, auf den Weg. Auf den restlichen Seiten lassen wir auch in dieser Ausgabe Platz für unsere Haltung zur aktuellen Aufrüstungsdebatte und blicken auf die vergangenen Wochen zurück.

Ich wünsche eine angeregte Lektüre!

Joris Fricker
für das Redaktionsteam

Impressum

Redaktionsteam: Andreas Weibel, Fabio Briante, Timothy Oesch, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Bürgi, Martin Parpan, Oger, Pauline Schneider, Roxane Steiger, Noemi Buzz

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der CreativeCommons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

VV

Die 44. Vollversammlung der GSoA

Am 5. Mai fand unsere 44. Vollversammlung statt. Wir hatten die Gelegenheit, über die Bedrohungen, denen wir gegenüberstehen und die aktuellen Konflikte zu sprechen und den Initiativtext der Atomwaffenverbotsinitiative zu bestätigen! PAULINE SCHNEIDER

Die rund 50 Mitglieder, die im Restaurant Kreuz in Solothurn anwesend waren, hörten zunächst einen Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr: Veranstaltungen zum zweijährigen Krieg in der Ukraine, für einen gerechten Frieden in Israel/ Palästina, zum Gedenken an die Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Den ganzen Jahresbericht findet sich auf unserer Website. Im Anschluss daran wurde der Initiativtext für ein Verbot von Atomwaffen von der VV angenommen, wodurch der Lancierung der Initiative in den nächsten Monaten nichts mehr im Wege steht!

Bevor es zu den statutarischen Geschäften kam, nahmen die Mitglieder noch drei Resolutionen an. Die erste, in Form eines Appells, schlägt eine nüchternere Analyse der Bedrohungen vor, denen wir gegenüberstehen. Angesichts der massiven Aufrüstung seit 2014, vorangetrieben durch das bürgerliche Parlament, sind die explodierenden Investitionen in Waffen und Armee seit Beginn des Krieges in der Ukraine – gerade aus Schweizer Perspektive – einfach nur noch absurd. Es scheint daher wichtig, die wirklichen Bedrohungen, wie etwa klimatische oder gesundheitliche, ins Zentrum der Debatte zu stellen.

Zwei weitere Resolutionen wurden ebenfalls angenommen: Die erste betrifft den Krieg in der Ukraine, wo die GSoA die Durchsetzung der Sanktionen sowie einen Rückzug der russischen Truppen hinter die Grenzen bis Februar 2022 fordert. Die zweite betrifft den Krieg in Israel/Palästina und fordert unter anderem einen sofortigen Waffenstillstand, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie ein Waffenembargo und die Beendigung der Rüstungszusammenarbeit mit Israel.

Die Diskussionen waren spannend und zeigen, dass die antimilitaristische Stimme auch heute noch unverzichtbar ist!

Alle Resolutionen finden Sie auf unserer Website, <https://gsoa.ch/vv-2024/>

ISRAEL/PALÄSTINA

Stoppt das Leid in Gaza!

Am Samstag den 06. April organisierte die GSoA gemeinsam mit der Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina (JVJP), Amnesty International und Palästina Solidarität Schweiz eine weitere Kundgebung für einen gerechten Frieden.

JONAS HEEB

Rund 1200 Personen folgten dem Aufruf und begaben sich ein halbes Jahr nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf israelische Zivilist*innen auf den Bundesplatz, um dort für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina zu demonstrieren. Neben einem sofortigen Waffenstillstand und einem Stopp des Aushungern Gazas forderte die Kundgebung die Freilassung der israelischen Geiseln sowie eine Ende der

völkerrechtswidrigen Besatzung palästinensischer Gebiete durch Israel. An der Kundgebung hielten mehrere Menschen aus jüdischen und palästinensischen Organisationen sowie Persönlichkeiten aus der Politik bewegende Redebeiträge. Schliesslich wurde eine Schweigeminute für alle Opfer gehalten. Die GSoA bedankt sich bei allen Mitwirkenden sowie den Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen!

OSTERMARSCH

Demilitarisierung statt Aufrüstung!

Dieses Jahr fand der Ostermarsch unter dem Motto «Demilitarisierung statt Aufrüstung» statt. Trotz phasenweise schlechtem Wetter nahmen um die 900 Personen teil.

JONAS HEEB

Seit 2003 findet der Ostermarsch jährlich jeweils am Ostermontag statt, so auch dieses Jahr wieder. Unter dem Motto «Demilitarisierung statt Aufrüstung» forderten ca. 900 Leute, dass die Schweiz sich einer breiten Sicherheitspolitik widmen soll, deren Verständnis nicht rein militärisch funktioniert, anstatt sich in eine Aufrüstungsspirale zu begeben. Leider wurden die Forderungen im SRF-Tagesschaubeurtrag wieder auf die elende Frage nach Waffenlieferungen in die Ukraine umgemünzt – obwohl diese für die Schweiz marginal ist. Schade, dass die Message beim SRF trotz Kommunikation durch das Ostermarsch-Komitee nicht ankam. Wie immer begann der Anlass bei der Eichholz-Wiese, wo wir von GRÜNEN-Nationalrätin und Friedenspolitikerin Marionna Schlatter aus erster Hand einen Bericht zur hiesigen Aufrüstungsdebatte erhielten. Anschliessend bewegte sich der Demozug der Aare entlang in Richtung Altstadt. Der Schlusspunkt fand wie gewohnt auf dem Berner Münsterplatz statt.

Leider machte das Wetter ausgerechnet bei der Ankunft auf dem Münsterplatz eine kurze, aber heftige Wende. Umso schöner sind die Leute dennoch geblieben, denn sie durften das

anschliessende Programm wieder im Trockenen erleben. Aus aktuellem Anlass wurden zwei bewegende Redebeiträge zur Situation in Israel/Palästina gehalten. Es sprachen einerseits der langjährige Friedensaktivist Jochi Weil-Goldstein sowie die palästinensisch-schweizerische Friedensaktivistin Shirine Dajani. Der Nachmittag wurde von Matt Callahan & Yvonne Moore and Friends musikalisch umrahmt. Edem Togbetse und sein Team vom Mittagstisch der Berner St. Marienkirche sorgten für die kulinarische Versorgung. Die GSoA ist erfreut über



<https://gsoa.ch/tpnw-z198>

Hilf mit, Atomwaffen abzuschaffen!

Auf der ganzen Welt hat Aufrüstung aktuell Aufschwung, die weltweiten Rüstungsausgaben sind auf Rekordniveau. Wir kämpfen aber nicht auf verlorenem Posten. Mit unserer Initiative zeigen wir konkret und pragmatisch, wie globale Sicherheit richtig gemacht wird: Mit internationaler Zusammenarbeit. Unter Einbezug der Betroffenen, die unter Atomwaffeneinsatz, -entwicklung und -produktion leiden. Zur Stärkung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, indem wir über die Konsequenzen eines Atomwaffeneinsatzes sprechen. Denn eine Atombombenexplosion würde eine humanitäre Katastrophe von bisher nie gekanntem Ausmass auslösen. Hinterlassen wir zukünftigen Generationen eine atomwaffenfreie, sicherere Welt!

das antimilitaristische Engagement der Teilnehmenden und bedankt sich bei allen Mitwirkenden für den gelungenen Anlass.



Foto: ©VOLLTOLL / Manuel Lopez

NATIONALE VOLKSINITIATIVE

Darum ist die Atomwaffenverbotsinitiative dringender denn je

Das Risiko einer nuklearen Eskalation wird immer realer, potenzielle Nuklearkrisen spitzen sich zu. Die Atomkriegsuhr ist eine Mahnung an alle Beteiligten, Massnahmen zu ergreifen, um die Welt sicherer zu machen. NOEMI BUZZI

Angesichts dieser Situation wird die GSoA als Teil der Allianz für ein Atomwaffenverbot bald eine Atomwaffenverbotsinitiative zum Beitritt zum TPNW (ein internationaler nuklearer Abrüstungsvertrag) lancieren.

EINE SEHR ANGESPANNTE GEOPOLITISCHE LAGE

Jedes Jahr quantifiziert das *Bulletin of the Atomic Scientists*¹ (Berichtsblatt der Atomwissenschaftler*innen) die Gefahr eines hypothetischen Weltuntergangs mit Hilfe der Weltuntergangsuhr. Im Jahr 2024 standen die Zeiger auf 90 Sekunden vor Mitternacht (2019 waren es zwei Minuten vor). Der technologische Fortschritt, der Zusammenbruch zahlreicher internationaler Verträge und die ständige Modernisierung der Atomwaffenarsenale erhöhen leider

¹ Eine NGO, die 1945 von J. Robert Oppenheimer, Albert Einstein und anderen Physiker*innen, die am Manhattan-Projekt mitgearbeitet hatten, gegründet wurde. Die Organisation, deren Hauptzweck darin besteht, die Öffentlichkeit für das Thema Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen zu sensibilisieren, gibt eine zweimonatlich erscheinende Zeitschrift heraus und erfand 1947 das Konzept der Weltuntergangsuhr (eine metaphorische Uhr, die jedes Jahr die aktuelle Gefahr des Weltuntergangs anzeigt). Die Uhr ist zu einem allgemein anerkannten Indikator für potenzielle globale, durch die Technologie verursachte Katastrophen geworden.

die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs. Angesichts dieser Situation ist die Stärkung des Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW), dem wichtigsten internationalen nuklearen Abrüstungsvertrag, nötiger denn je.

DIE BISHERIGE SITUATION IN DER SCHWEIZ

Nachdem der Bundesrat eine parlamentarische Motion, die den Beitritt zum TPNW verlangt, immer wieder verschoben hatte, gab er im März 2024 bekannt, dass die Schweiz dem TPNW vorerst nicht beitreten wird. Als Depositärstaat der Genfer Konventionen weigert sich die Schweiz damit, sich für die Ächtung von Atomwaffen auszusprechen. Damit nimmt sie stillschweigend den Fortbestand von Waffen in Kauf, die eine noch nie dagewesene Bedrohung für die Menschheit und den gesamten Planeten darstellen.

WAS KÖNNEN WIR ALS GSOA DAGEGEN TUN?

Zusammen mit ICAN und einer breiten zivilgesellschaftlichen Allianz wird die GSoA eine Volksinitiative lancieren, die den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) fordert. Dabei handelt es sich um ei-

nen internationalen Vertrag zur nuklearen Abrüstung mit dem Ziel der weltweiten Abschaffung von Atomwaffen. Der Vertrag wurde 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedet, trat am 22. Januar 2021 in Kraft und wurde bisher von 93 Staaten unterzeichnet. Darunter sind Länder, die der Schweiz sehr ähnlich sind (in Bezug auf Grösse und neutrale aussenpolitische Haltung), wie z. B. Österreich.

ATOMWAFFEN GEBEN KEINE SICHERHEIT

China, Russland und die USA geben enorme Summen aus, um ihre Atomwaffenarsenale zu vergrössern oder zu modernisieren. Iran reichert weiterhin Uran an, Nordkorea baut Atomwaffen und Langstreckenraketen, und die nukleare Aufrüstung in Pakistan und Indien geht weiter. Auch der Krieg im Gazastreifen droht zu einer unvorhersehbaren Bedrohung zu eskalieren. All dies erhöht die allgegenwärtige Gefahr eines Atomkriegs durch menschliches Versagen oder Fehlkalkulationen.

Insbesondere der Ukrainekrieg macht deutlich, dass Atomwaffen in erster Linie als Instrument der Einschüchterung und Erpressung eingesetzt werden, das Konflikte verschärft, anstatt sie zu lösen.

ATOMWAFFEN SIND EINE DER GRÖSSTEN BEDROHUNGEN FÜR DIE MENSCHHEIT

Die Wissenschaft ist eindeutig: Kein Land der Welt könnte sich vor den humanitären Fol-

gen eines Atomwaffeneinsatzes schützen, unabhängig davon, ob es in einen Konflikt verwickelt ist oder nicht. Die Detonation einer Atomwaffe zerstört nicht nur militärische Ziele, sondern auch die zivile Infrastruktur. Viele Menschen sterben direkt an den Folgen der Bombardierung, viele weitere später an den Folgen der Strahlung, die zur Entstehung verschiedener Krebsarten führt, und das auch noch nach mehreren Generationen.

DER TPNW STÄRKT DIE HUMANITÄRE TRADITION DER SCHWEIZ

Es ist im Sicherheitsinteresse der Schweiz, wenn die demokratischen Prozesse innerhalb der UNO im Bereich des Völkerrechts gestärkt werden. Der Beitritt zu diesem Vertrag ist pragmatisch und wirksam: Die Schweiz würde weiterhin gute Dienste leisten und ihre Position als kleinen neutralen Staat verteidigen, der sich für die humanitären Rechte und das Völkerrecht engagiert. Es ist mehr denn je an der Zeit, dass die Schweiz ihre humanitäre Verantwortung wahrnimmt!

FINANZPLATZ

Atomwaffenfinanzierung aus der Schweiz

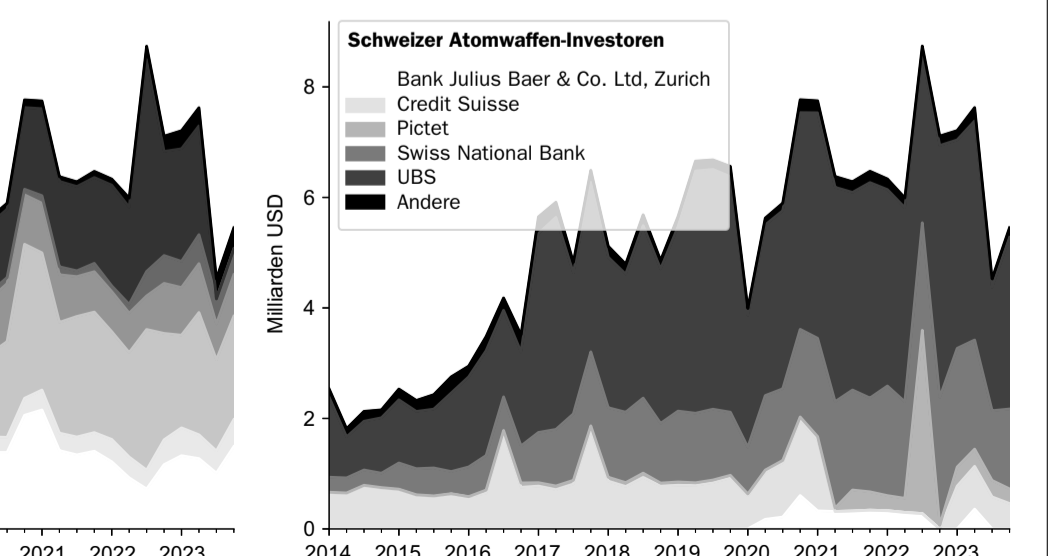
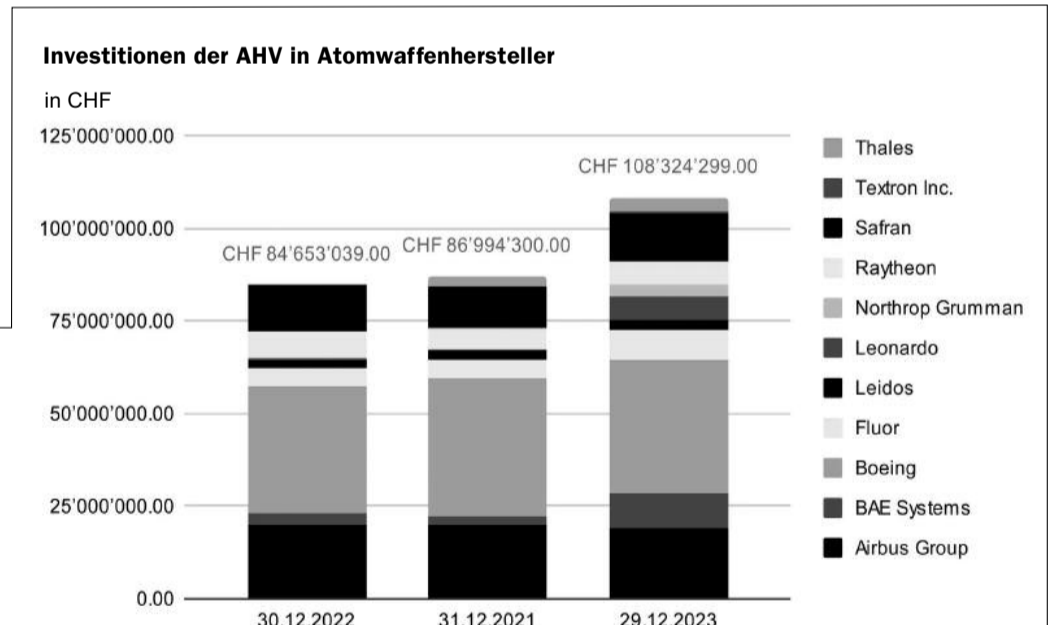
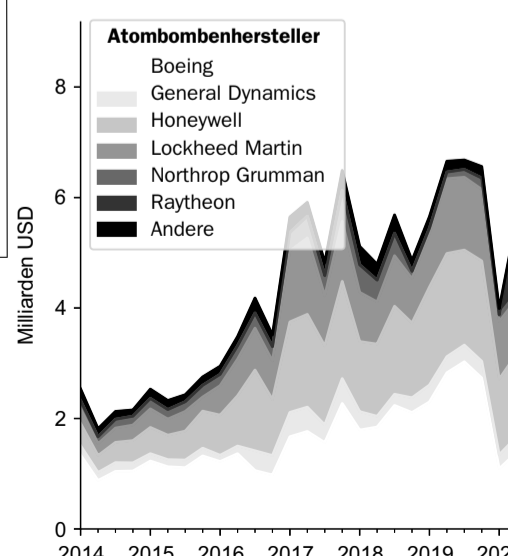
Die AHV investiert mehr als 100 Millionen Franken in Atomwaffen, die UBS ist auf Platz 8 der Atomwaffeninvestoren ausserhalb der USA mit Investitionen von mehr als 3 Milliarden Franken und sogar die Schweizerische Nationalbank investiert fast 1,5 Milliarden in Atomwaffen. Lukas Bürgi

Wer meint, Atomwaffen seien kein Schweizer Problem, täuscht sich. Aus der Schweiz werden diese Massenvernichtungswaffen massgeblich mitfinanziert. Die AHV hat 2023 erstmals über 100 Millionen Franken in Atomwaffen investiert. Währenddessen halten die Nationalbank und private Banken sogar Investitionen in Milliardenhöhe!

In chemische und biologische Waffen wird in der Finanzwelt deutlich weniger investiert als in Atomwaffen, da sie dank internationalen Verträgen weltweit verboten sind. Mit der Atomwaffenverbotsinitiative schieben wir also einigen der dreckigsten Schweizer Investitionen einen Riegel vor: wenn die Schweiz dem TPNW beitrete, wird auch sie endlich Atomwaffen offiziell und ohne Ausnahmen ächten.

Investitionen von Schweizer Unternehmen in Atomwaffenhersteller:
Es werden in beiden Grafiken dieselben Investitionen dargestellt, einmal aufgeschlüsselt nach den Atomwaffenherstellern, in die investiert wurde und einmal nach den Schweizer Unternehmen, die die Investitionen getätigt haben. Diese Übersicht wurde von der GSoA mit Daten von der US-Börsenaufsicht und den «Don't Bank on the Bomb»-Berichten erstellt. Da diese Daten nicht alle Investitionen in Atomwaffenhersteller erfassen, liegen die vollständigen Zahlen höher.

Investitionen der AHV in Atomwaffenhersteller:
Diese Übersicht wurde von der GSoA mit Daten vom AHV-Ausgleichsfond und den «Don't Bank on the Bomb»-Berichten erstellt. Sie umfasst nur direkte Investitionen. Die vollständigen Zahlen könnten somit höher sein.



ARMEE UND AUFRÜSTUNG

AUFRÜSTUNG

Für eine nüchterne Bedrohungsanalyse

Die Schweizer Sicherheitspolitik hat jedes Augenmass verloren. Elf Punkte, um ein wenig Nüchternheit zurückzubringen. ANDREAS WEIBEL

Gemäss den aktuellen Armee- und sicherheitspolitischen Berichten des Bundes ist ein bewaffneter Angriff auf die Schweiz äusserst unwahrscheinlich. Diese Formulierung wurde nach dem Angriff auf die Ukraine sogar noch deutlicher gewählt als zuvor.

Für die Schweiz war der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine keine Zeitenwende der realen militärischen Bedrohung. Aber es war dennoch eine sicherheitspolitische Zeitenwende: Die Bürgerlichen haben seither alle Hemmungen und jedes Mass verloren in ihren Forderungen nach Aufrüstung. Dieser Ausgabenwut ordnen sie alles unter: Altersvorsorge, Klimaschutz, Bildung. Die bürgerliche Hegemonie schadet aber auch der Sicherheit der Schweiz, weil sie die

Sicht auf die realen Bedrohungen vernebelt.

Die Schweiz muss deshalb eine nüchterne Bedrohungsanalyse vornehmen, die nicht auf einem subjektiven Gefühl der Gefährdung basiert, sondern auf dem Boden der Realität. Wir müssen unseren Fokus auf die Risiken legen, deren Eintretenswahrscheinlichkeit und deren Schadenspotential am grössten ist und in Mittel investieren, welche dagegen tatsächlich etwas nützen.

Die Klimakrise muss endlich als Gefahr für die nationale Sicherheit anerkannt werden. Kaum eine andere Bedrohung hat für die Menschheit ein derart hohes Schadenspotential wie der durch unsere Emissionen verursachte Temperaturanstieg. Die Wahrscheinlichkeit und

das Ausmass immenser Schäden steigt mit jedem Jahr der Untätigkeit. Obwohl die Schweiz gemäss den Klimamodellen besonders betroffen sein wird, sind die Investitionen unseres Landes in Entkarbonisierung weiterhin nicht einmal im Ansatz genügend.

Es braucht massive Investitionen in die Katastrophenhilfe. Die Schweiz ist derzeit auf diverse reale Gefahren nur unzureichend vorbereitet. Das Schweizer Gesundheitswesen wäre im Moment bereits bei einem Ereignis mit mehr als 25 Schwerverletzten überfordert. Gemäss dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz wäre jedoch jederzeit ein Erdbeben möglich, bei dem 10'000 Verletzte zu versorgen wären.

Es braucht eine Militärdoktrin, welche die geographische Lage der Schweiz einbezieht. Die Schweiz liegt nicht im Baltikum, sondern sie ist von einem dichten Ring von Natostaaten umgeben. Selbst wenn die USA nicht mitgezählt werden, haben die Natostaaten in den vergangenen Jahren ein Mehrfaches in ihr Militär investiert als Russland. Putins Armee hat aus militärischen, wirtschaftlichen, aber auch demographischen Gründen keine Chance, die Nato ernsthaft mit konventionellen Mitteln herauszufordern. Es gibt kein realistisches Szenario, in dem seine Truppen plötzlich auf der anderen Seite des Bodensees stehen.

Das Parlament muss einen Marschhalt bei den Armeeaussgaben einlegen. Das Parlament muss die Armeebotschaft 2024 mitsamt allen fünf Beschlüssen, insbesondere dem Rüstungsprogramm 2024, dezidiert ablehnen.

Die Sicherheitspolitiker*innen müssen akzeptieren, dass die Schweiz ein neutrales Land ist. Mehr als 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung will an der Neutralität festhalten, die Neutralität ist in der Bundesverfassung festgehalten. Die Schweiz hat nicht nur keine Bei-

standsverpflichtung. Im Gegenteil: Ihr ist es verboten, militärischen Beistand zu leisten. An dieser Tatsache muss sich endlich auch die Schweizer Rüstungsplanung orientieren.

Wir wollen eine echte Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn. Es nützt niemandem etwas, wenn zusätzliche Kampffjets und Panzer durch die Schweizer Alpen kurven. Auch als neutrales Land hat die Schweiz zahlreiche Möglichkeiten, um zu einer stabilen Sicherheitsarchitektur in Europa und weltweit beizutragen. Dazu gehört unter anderem die humanitäre Hilfe für die Ukraine – beispielsweise im Energiesektor – sowie die Durchsetzung der Sanktionen gegen Russland.

Die Schweiz muss aufarbeiten, wie wir zur Aufrüstung Russlands beigetragen haben. Unabhängig der politischen Einstellung sollte es Konsens sein, dass es ein strategischer Fehler ist, militärische Aggressoren aufzurüsten. Um aus der Vergangenheit zu lernen, braucht es eine öffentliche Aufarbeitung der Zusammenarbeit der Schweiz mit der russischen Rüstungsindustrie.

Der Bundesrat muss endlich echte Kostentransparenz schaffen. Die geplanten Ausgaben für Rüstungsbeschaffungen werden Unterhalts- und Betriebskosten und später Entsorgungskosten in Milliardenhöhe verursachen.

Die bürgerliche Unehrlichkeit muss enden. Die Armee wurde nicht «kaputtgespart». Im Gegenteil, die Schweizer Militärausgaben steigen bereits seit zwei Jahrzehnten deutlich. Fakt ist: Kaum ein Land in Europa gibt pro Kopf so viel Geld für die Armee aus wie die Schweiz.

Die Politik hat die Bevölkerung einzubeziehen. Gemäss den Umfragen der MILAK befürworten gerade einmal 20 Prozent der Bevölkerung höhere Armeeaussgaben. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hat kaum eine Stimme in der Politik, auch weil gegen die Budgeterhöhungen kein Referendum ergriffen werden kann. Das könnte das Parlament ändern.



ARMEEFINANZEN

Heilige Kuh sucht Heiligenschein

Ob Finanzloch, Liquiditätsengpass oder keins von beidem: Die Armee macht sich lächerlich. Dass dies keinerlei Konsequenzen nach sich zieht, ist nicht weiter erstaunlich. Die GSoA fordert eine vollständige Aufarbeitung und eine nüchterne Bedrohungsanalyse.

JORIS FRICKER

Wir haben Ende Januar. Die Armee kommuniziert, dass sie gezwungen sei, auf zwei bereits geplante und budgetierte Publikumsanlässe («Armeeshows») zu verzichten. Die Freude ab dieser ungewohnten Vernunft währte nicht lange. Wenige Tage später – Anfang Februar – dann der Paukenschlag: SRF-Recherchen vermeldeten, dass der Armee 1.4 Milliarden Franken fehlen, um offene Rechnungen in den kommenden Jahren zu begleichen. Daraufhin sah sich die Armee zu einer eigenen Kommunikation gezwungen. An der entsprechenden Pressekonferenz bestätigte Thomas Süssli ziemlich unbeholfen, dass es Finanzprobleme gebe, titulierte diese schönfärbisch als «Liquiditätsengpässe». Er liess auch Vorwürfe an die Politik nicht aus, die mit ihrem Entscheid letzten Dezember, das Armeebudget erst bis 2035 anstatt 2030 auf 1% des BIP aufzustocken, unvernünftig gehandelt

habe. Die Armee drohe ihr Heer nicht mehr adäquat ausrüsten zu können, sollte man weiterhin mit dermassen wenig finanziellen Mitteln auskommen müssen. Zu Recht fragten sich Politiker*innen und Medien, ob Armeechef Thomas Süssli mit solchen Gebaren nicht zu weit gehe und damit zum 8. Bundesrat verkomme. Süssli wurde sogar von ganz oben gerügt. Bundesrat Ignazio Cassis kritisierte sein Verhalten vor versammelter Offiziersgesellschaft, was auch den Medien nicht entging.

MACH, WAS DU WILLST

Alles, was auf dieses turbulente Kommunikationschaos folgte, lässt einem ratlos zurück. Es überkommt einem je länger je mehr das Gefühl, dass die Armee dieser Tage machen kann, was sie will. Öffentliche Kritik der GSoA und den linken Parteien verhallt in Windeseile, die

Medien interessieren sich nur marginal für dieses Versagen. Im Gegenzug aber wird weiter über neue Beschaffungen entschieden. Nur wenige Wochen nach dem Kommunikationschaos bei der Armee winkte der Gesamtbundesrat neue Beschaffungen durch. Auch das Parlament wird Ende Mai aller Voraussicht nach die Armeebotschaft 2024 mitsamt neuen Milliarden-Beschaffungen genehmigen. Letztlich stellt sich sogar die Frage: War es ein politisches Kalkül, die Armee als kaputtgesparte Institution medial darzustellen, um mehr Legitimität in Politik und Bevölkerung zu schaffen? Die GSoA forderte in diesem Zusammenhang völlige Transparenz und eine lückenlose Aufarbeitung der Lage, bevor irgendwelche neuen Ausgaben getätigt werden. Letzteres geschah in Teilen: Die Finanzkommission beugte sich über die Geschehnisse, um festzustellen, dass finanzpolitisch alles in Ordnung sei, einzig die Kommunikation Süsslis sei überaus unglücklich verlaufen. Und so kommt sowohl die Armee mit ihrem Chef Süssli, als auch die skandalträchtige Bundespräsidentin Viola Amherd (siehe Zitig Nr. 197) ungeschoren davon. Sie haben den Segen der Politik weiterhin und wissen nun, dass solche hysterische Panikmache als Weckruf für die Politik dienen kann.

Denn die Wahrscheinlichkeit steht gut, dass diese Angstmacherei dazu führt, dass Geldwünsche der Armee von der Schuldenbremse ausgenommen werden und die Bürgerlichen diese weiterhin unkritisch genehmigen. So bleibt uns als GSoA nur folgendes übrig: Der Armee beharrlich auf die Finger zu schauen, Süsslis Rücktritt zu fordern und – wie im obigen Artikel ausführlich geschildert – für eine nüchterne Bedrohungsanalyse einzustehen.

Ende März kam es zu einem seltenen Rencontre: GSoA-Sekretär Jonas Heeb kreuzte die verbalen Klängen mit dem Armeechef Thomas Süssli höchstpersönlich. Im Rahmen eines Schüler*innenpodiums in Bern diskutierten die beiden über Frieden. Interessanterweise waren Süsslis Ausführungen zum Frieden sehr knapp – auch wenn er natürlich ebenfalls für Frieden sei. Vielmehr blieb er bei seiner Erzählung, wie furchtbar schlecht die Armee aufgestellt sei – nicht, dass die anwesenden Schüler*innen noch im Zivildienst landen!

FRAUEN UND ARMEE

Erfahrungsbericht: GSoA-Sekretärinnen im Militär

An einem grauen Mittwoch im März sitzen Anja und ich frühmorgens im Zug. Unser Ziel: die Militärkaserne Birmensdorf. Einige Wochen zuvor ist das Aufgebot in unsere Briefkästen geflattert. Heute treten wir an: In Birmensdorf findet ein ganztägiger Orientierungstag der Armee für Frauen statt. ROXANE STEIGER

Bundesrätin Viola Amherd will den Informationstag für Frauen obligatorisch machen. Ihre Hauptargumente sind die Sicherung des Armeebestandes sowie die Gleichstellung. Wir haben uns diese Veranstaltung deshalb genauer angeschaut.

VON FRAU ZU FRAU

Wir reihen uns in eine Schlange voller junger Frauen im Eingangsbereich. Nach der Registrierung werden wir in Klassenzimmer mit etwa zehn weiteren Frauen aufgeteilt. An der Wand ist ein Bild von Frauen in Militäranzügen projiziert, die selbstbewusst in die Kamera blicken. Auf einem lila Balken steht: von Frau zu Frau. Auf unserem Tisch liegt für jede von uns eine Informationsmappe mit Militärschoggi bereit.

Wir werden von einer Angehörigen der Armee begrüsst. «Heute duzen wir uns, das ist

dann aber im Militär schon nicht so», schmunzelt sie. Den ganzen Morgen lang werden wir über die Schweizer Armee sowie über Einsatz- und Karrieremöglichkeiten informiert. Zum Zmittag stärken sich alle Teilnehmerinnen mit einer Portion Hörnli mit Ghacktem. Im Gespräch fällt mir auf: die Beweggründe der Frauen sind vor allem persönlicher Art. Einige wollen an die Polizist*innenschule, andere stehen am Abschluss ihrer Ausbildung und suchen eine persönliche Herausforderung, für andere sind Karrieremöglichkeiten ausschlaggebend. Was im Gespräch nicht vorkommt: die Sicherheitslage, oder, was es im Ernstfall hiesse, Soldatin zu sein. Nur der Zürcher Regierungsrat Mario Fehr, der nach dem Mittagessen vorbeischaute, betonte in einer Rede, wie wichtig unser Einsatz angesichts der veränderten Sicherheitslage sei.

Danach geht es Schlag auf Schlag weiter. Am Nachmittag dürfen wir Persönlichkeitstests machen, Ausrüstung ausprobieren, Sturmgewehre testen und verschiedene Panzertypen besichtigen. Am Ende des Tages steht noch der Sporttest an. Zur Verabschiedung kriegen wir Tipps mit auf den Weg, wie wir mit der armeeeigenen App für ein gutes Resultat bei der Rekrutierung trainieren können.

DIENSTMODELL FÜR ECHTE GLEICHSTELLUNG

Im Zug nach Hause bin ich etwas müde vom Exkurs in diese Parallelwelt. Insbesondere das Gleichstellungsargument beschäftigt mich: Die Angehörigen der Armee, mit denen ich gesprochen habe, sind unterschiedlicher Meinung, wenn es um Pflichten für Frauen geht. Worum es vielen geht: Sie wollen beweisen, dass sie gleich viel leisten können wie Männer, indem sie in eine männlich dominierte Sphäre eindringen. Im Militär gelten gleiche Rechte und Pflichten für alle - wobei oftmals ergänzt wird, dass man sich

als Frau zehnmal mehr beweisen muss, um dieselbe Anerkennung zu erhalten.

So ist auch der Slogan «Sicherheit ist auch weiblich» des VBS an jenem Tag omnipräsent. Auch schon vor diesem Tag hat uns dieser umgetrieben. Denn er lässt aussen vor, dass Frauen bereits heute mit unbezahlter Care-Arbeit einen grossen Beitrag zu unserer Sicherheit leisten. Zudem erscheint es illusorisch, von den gleichen Rechten und Pflichten zu sprechen, in einem Land, in dem Männer immer noch unbegründet über 2.5% mehr als Frauen verdienen, alle 3 Wochen eine Frau von einem Mann ermordet wird und in dem von den 100 grössten Firmen 10 CEOs weiblich sind.

Als Feministinnen und Antimilitaristinnen müssen wir über die Diskussion über Pflichten und Rechte hinausgehen, denn das Patriarchat und der Militarismus werden nicht akzeptabler, wenn Frauen darin besser repräsentiert sind. Als feministische Bewegung stehen wir für eine andere und gerechtere Gesellschaft ein. Gleichstellung heisst somit nicht, dass Frauen in die Armee gehen müssen, sondern, dass Männer es nicht mehr müssen. Für die GSoA ist klar: Wir werden uns weiterhin gegen jegliche Pflichten für Frauen in Sachen Militär wehren!

DIENSTPFLICHT

Der ewige Sündenbock

Einmal mehr wird sich das Parlament mit Verschärfungen beim Wechsel in den Zivildienst befassen müssen, obwohl die praktisch identische Vorlage 2020 bereits abgelehnt wurde. Der Zivildienst wird erneut für das Alimentierungsproblem der Armee verantwortlich gemacht – ein Problem, welches keines ist. JONAS HEEB

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Zitigs-Ausgabe läuft die Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes noch ein paar Tage. Es geht einmal mehr darum, den Zivildienst zu schwächen, um den aufgeblähten Armeebestand zu erhalten. Zur Erinnerung: Nach wie vor verfügt die Armee über einen illegal zu grossen Armeebestand - seit über einem Jahr. Nach wie vor fehlt es an einer transparenten und nachvollziehbaren Begründung beziehungsweise Erklärung, wieso es zu einem «Alimentierungsproblem» kommen sollte. Sämtliche Nachrechnungen kommen auf ein anderes Ergebnis. Ein beliebter Sündenbock ist der Zivildienst. Er sei schuld, dass die Armee jährlich zu viele Leute verliere.

COPY PASTE

Dieses Narrativ ist nicht neu: 2020 stimmte das Parlament über eine Gesetzesänderung ab,

die mit acht Massnahmen den Übertritt von der Armee zum Zivildienst erschweren wollte. Unter anderem forderte der Vorstoss, dass alle Zivildienstleistende mindestens 150 Tage leisten müssen, ungeachtet davon, wie viel Militärdienst sie bereits geleistet haben. Ausserdem wäre der zeitliche Spielraum verkürzt worden, was die Lebensplanung von Zivis noch stärker erschwert hätte. Der Nationalrat kippte das Gesetz überraschend in der Schlussabstimmung.

Nur zwei Jahre nach der parlamentarischen Abstimmung reichte die SVP eine Motion ein, welche sechs der acht bekannten Massnahmen im selben Wortlaut erneut forderte. Die Stahlhelmfraktion nutzte die Gunst der Stunde des Kriegsausbruchs in der Ukraine und schaffte es tatsächlich, eine beinahe identische Vorlage durch beide Räte zu bringen. Das VBS unterstützte die Motion lautstark, indem es mit verlogener Zahlenspielerei lautstark den Zivildienst

für das angebliche Bestandsproblem verantwortlich machte. Dass ein solch unredliches Vorgehen Erfolg hat, entbehrt jeglicher Normalität und zeigt die Verblendung gewisser Politiker*innen.

WENN SYSTEMRELEVANZ NICHTS MEHR WERT IST

Weshalb diese Massnahmen unfair, nicht notwendig und zum Kopfschütteln sind, darüber wurde damals bereits viel geschrieben. Legen wir mal ein Augenmerk auf den Stellenwert des Zivildienstes: Bekanntermassen sind vorwiegend öffentliche Institutionen z.B. im Gesundheits-, Pflege- oder Bildungsbereich befugt, Zivis zu beschäftigen. Tagtäglich leisten tausende Zivildienstleistende enorm wertvolle Einsätze zugunsten der Allgemeinheit. Etliche Schulen, Kitas, Spitäler, Altersheime und weitere systemrelevante Einrichtungen könnten ohne sie schlichtweg nicht funktionieren. Diese Leistung steht in keinem Verhältnis zu stundenlanger Warterei, dem Ausführen von Kollektivstrafen oder den Beschäftigungstherapien in der Rekrutenschule. Und dennoch würdigt der Bundesrat das Vermächtnis des Zivildienstes in seiner Vorlage mit keinem Wort.

Das Framing bezieht sich ausschliesslich auf

die Abgänge in der Armee und auf den Zivildienst als Sicherheitsrisiko. Nicht vergessen: Der Armeebestand ist illegal zu gross. Das ist an Hohn kaum zu überbieten, gerade in einer Zeit, in der die Armee Milliarden an Steuergeldern zugeworfen erhält und in ebendiesen Institutionen abgebaut wird, in denen sich Zivis engagieren dürfen. Was wie ein schlechter Witz klingt, ist leider Realität. So ist der Bundesrat sich auch nicht zu schade, die «volkswirtschaftlichen Kosten» anzusprechen, die der Zivildienst aufgrund von Ausfällen im Beruf verursacht. Man muss nicht weit denken, um zu bemerken, dass die volkswirtschaftlichen und insbesondere die staatlichen Kosten für den Militärdienst um ein X-faches höher sind. Natürlich wird das mit keinem Wort erwähnt, eine unbeschreibliche Verdrehung der Argumentation.

Diese geplante Gesetzesänderung ist absurd und Teil der fortschreitenden (Re-)Militarisierung in der Schweiz. Wenn es das Parlament nicht nochmals hinkriegt, diese Änderung zu verwerfen, wird es vermutlich das Volk machen müssen. Dann stehen wir bereit.

KRIEGSMATERIAL

... und das Geschäft mit dem Tod geht weiter.

Bei den Kriegsmaterialexporten gibt es keine grossen Überraschungen: Die Schweiz exportiert weiterhin an autoritäre Regimes, die Menschenrechte verletzen und das bürgerliche Parlament versucht immer noch unsere Korrekturinitiative auszuhebeln. LUKAS BÜRGI

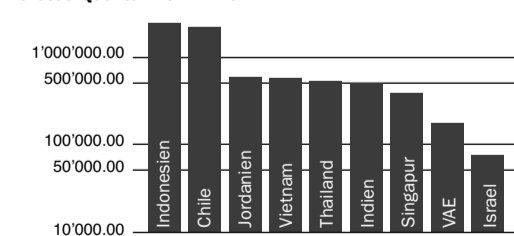
Das Seco hat die meisten Kriegsmaterialexporte des ersten Quartals noch gar nicht veröffentlicht und trotzdem sieht es schon bestürzend aus: Besondere militärische Güter, also solches Kriegsmaterial, mit dem nur indirekt getötet werden kann, wurden zum Beispiel an Jordanien, Vietnam und Israel exportiert. Güter mit doppelem Verwendungszweck und andere problematische Güter wurden unter anderem an Russland, China und Israel exportiert – hierbei könnte

es sich zwar auch um harmlose Güter handeln. Aber die Vergangenheit hat gezeigt, dass das Seco auch Exporte in dieser Kategorie bewilligt, die direkt für die Aufrüstung verwendet werden. Bei den Waffenexporten selbst (neueste Daten 2023) gehören Saudi-Arabien und andere Diktaturen des mittleren Ostens immer noch zu den grössten Abnehmern Schweizer Waffen. Des Weiteren haben auch Pakistan und Israel, also zwei der Atomwaffenstaaten, die nicht einmal

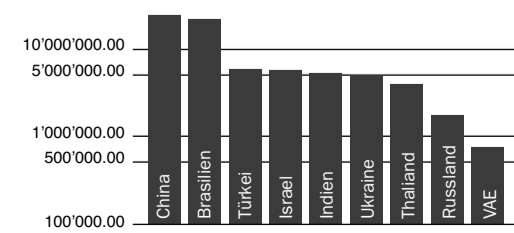
Mitglied des NPT sind, 2023 Waffen aus der Schweiz gekauft.

Das bürgerliche Parlament will die Regeln für den Export noch weiter lockern – bisher ohne Erfolg. Wir halten uns trotzdem bereit für ein Referendum, sollte das Parlament auch wieder an Bürgerkriegsländer und diejenigen Länder mit den allerschlimmsten Menschenrechtsverletzungen Waffen liefern wollen.

Exporte von militärischen Gütern ohne Waffen, erstes Quartal 2024 in CHF



Exporte von problematischen Gütern ohne Kriegsmaterial, erstes Quartal 2024 in CHF



ISRAEL/PALÄSTINA

GASTBEITRAG AMNESTY INTERNATIONAL SCHWEIZ

Kein Geld für UNRWA: Humanitäre Schweiz, wo bist du?

Ende April forderten Amnesty International und weitere Organisationen den Bundesrat und das Parlament auf, die Finanzierung des UNO-Hilfswerks für die Palästinenser*innen sicherzustellen und sich für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza einzusetzen.

PATRICK WALDER

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) empfiehlt dem Bundesrat, einen Teilbetrag für die humanitäre Hilfe der UNRWA zu sprechen - obwohl die Zivilbevölkerung im besetzten Gazastreifen von Hungersnot und einem Völkermord bedroht ist. Mit einer Aktion «Humanitäre Schweiz, wo bist du?» übergaben wir am 29. April zwei Petitionen mit über 45'000 Unterschriften an den Bundesrat und das Parlament. Unsere Forderung: Die Schweiz soll sich ihrer humanitären Tradition besinnen und sich klar auf die Seite des humanitären Völkerrechts stellen.

Wir begrüßen, dass die Schweiz Ende März als Mitglied im UNO-Sicherheitsrat für die Resolution gestimmt hat, die eine sofortige Waffenruhe, die bedingungslose Freilassung aller Geiseln und humanitäre Hilfe für Gaza fordert. Es ist jetzt dringend erforderlich, dass sich die Schweiz aktiv für die Umsetzung dieser rechtlich bindenden Resolution einsetzt.

Gleichzeitig bleibt der Beitrag der Schweiz an das UNO-Hilfswerk UNRWA weiterhin eingefroren. Dies obwohl die israelische Regierung bislang keine Beweise für ihre schweren Anschuldigungen gegen einzelne UNRWA-Mitar-

beitende vorgelegt hat. Zu diesem Schluss kommt der unabhängige Untersuchungsbericht unter Aufsicht der ehemaligen französischen Aussenministerin Catherine Colonna. Nach den Anschuldigungen Israels gegen das UNO-Hilfswerk hatten mehrere Staaten die Finanzierung der UNRWA ausgesetzt, darunter auch die Schweiz. Diese drakonische Entscheidung hat katastrophale Auswirkungen auf das Leben und das Überleben von Millionen Menschen. Die UNRWA ist für die Bildung und Versorgung von sechs Millionen palästinensischer Flüchtlinge in den besetzten Gebieten und in Nachbarländern zuständig. Eine Einstellung der UNRWA-Hilfe hätte eine stark destabilisierende Wirkung auf diese ohnehin schon fragile Region und schadet somit auch den Interessen der Schweiz.

Das Zögern der Schweiz, die Uno-Hilfe zu finanzieren, während Millionen von Palästinenser*innen im Gazastreifen an Hunger leiden, ist schwer zu begreifen und wird das Ansehen der humanitären Schweiz beschädigen. Wir appellieren an den Bundesrat und an das Parlament, sich klar auf die Seite des humanitären Völkerrechts zu stellen und sich für die Finanzierung der UNRWA auszusprechen. Wir appellieren an ihre Menschlichkeit angesichts der humanitären Katastrophe. Die mutmasslichen Handlungen einiger weniger Angestellten der UNRWA dürfen nicht als Vorwand dienen, um lebensrettende Hilfe für Millionen von Menschen einzustellen.

Der Entscheid, die Unterstützung der wichtigsten Hilfsorganisation im Gazastreifen einzustellen, ist besonders stossend, nachdem ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) im Januar feststellte, dass die palästinensische Bevölkerung im besetzten Gazastreifen von einem Völkermord bedroht sein könnte. Der IGH ordnete an, dass Israel sofort Massnahmen ergreift, um die humanitäre Hilfe sicherzustellen.

Alle Staaten haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Massnahmen des Internationalen Gerichtshofs umgesetzt werden: Sie müssen die humanitäre Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen sicherstellen und einen drohenden Völkermord verhindern.

Die Schweiz soll dem Beispiel mehrerer europäischer Staaten folgen, die die wichtige Rolle der UNRWA anerkennen: Norwegen, Spanien, Irland, Belgien und weitere Staaten führen ihre Finanzierung weiter oder haben sie gar deutlich erhöht. Auch die Europäische Union hat Anfang März 2024 eine erste Tranche von 50 Millionen Euro für die UNRWA freigegeben.

Die Schweiz muss alles tun, damit die Resolution des UNO-Sicherheitsrats umgesetzt wird. Wenn die internationale Gemeinschaft scheitert, die verabschiedeten Massnahmen umzusetzen, dann bedroht das nicht nur die Zivilbevölkerung in Gaza, es stellt auch den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten generell in Frage – und das kann niemals im Interesse der Schweiz sein.

**Jetzt CENAC-Petition unterzeichnen:
An die Bundesinstanzen: 10 Forderungen
für Gaza!**



GASTBEITRAG EINES LANGJÄHRIGEN FRIEDENSAKTIVISTEN

Krieg und Traumata – am Beispiel Israel/Palästina

Es sollen einige wenige Aspekte der «Linie» Shoah – Gründung des Staates Israel 1948 – Junikrieg 1967, unter dem Gesichtspunkt der andauernden israelische Besatzung kurz angeleuchtet werden. JOCHI WEIL-GOLDSTEIN

In Israel/Palästina stehen sich zwei hochverwundete Bevölkerungen gegenüber. Je länger Besatzung und Krieg andauern, desto tiefer werden die Wunden gegenseitig. Die Mehrheit der jüdisch-israelischen Bevölkerung wünscht sich mehr oder weniger einen Staat, mit einer jüdischen Mehrheit. Sehr viele Palästinenser:innen wünschen sich zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer einen Staat aller seiner Bürger:innen mit gleichen Rechten und Pflichten. Darin liegen unüberwindbare Widersprüche. Israelis und Palästinenser:innen leiden je aus historischen Gründen unter schweren Traumata (Verletzungen ihrer Seelen).

SHOAH (KATASTROPHE)

Meine Mutter stammt aus einer vom Holocaust betroffenen Familie aus Hamburg und verlor zwei ihrer Schwestern. Ein Bruder überlebte in Amsterdam in einem Versteck. Die Tochter einer christlichen Familie brachte ihm bis zum

Ende des 2. Weltkriegs das Essen. Als Kinder (second generation) erlebten wir, dass unsere Mama während Jahrzehnten unter schweren Depressionen litt, also traumatisiert war.

Solche Erfahrungen aus der jüdischen Geschichte werden von Generation zu Generation weitererzählt. Ist es da ein Wunder, dass nach dem Überfall durch die Hamas am 7. Oktober bei vielen jüdischen Israelis alte Wunden wieder aufgerissen wurden?

GRÜNDUNG DES STAATES ISRAELS 1948

Für jüdische Menschen war das eine Erlösung aufgrund der langen Geschichte mit Verfolgungen, Traumatisierungen und Ausrottungen. Für die Araber:innen / Palästinenser:innen hatte Israels Staatsgründung die Vertreibung von ca. 750'000 Menschen aus Israel zur Folge, die Nakba (Katastrophe), der Beginn des Traumas, das bis heute anhält und ebenfalls von Generation zu Generation weitererzählt wird. Stehen die Palästin-

ser:innen heute vor einer zweiten Nakba? Diese beiden Katastrophen, die Shoah und die Nakba, sind wesentliche Mitgründe für die nahöstliche Tragödie: Der Junikrieg von 1967 durch die andauernde israelische Besatzung und die Gazakriege mit den Folgen bis heute.

Hier liegen wesentliche Gründe für die verheerenden Entwicklungen, die zur nahöstlichen Tragödie führten. In meinen Projektreisen in Gaza (erstmalig war ich dort im Herbst 1987, kurz vor der Ersten Intifada), Ostjerusalem, Westbank sowie in Israel erkundigte ich mich immer wieder nach dem Befinden in der Bevölkerung. Insbesondere bleiben mir Störungen bei Kindern auch im Schulalter als Folgen der Besatzung in Erinnerung: v.a. Bettnässen, Stottern, Ängste oder Lernschwierigkeiten. Die Psychodramatikerin Heba nennt Ähnliches aufgrund ihrer Arbeit in Gaza, dass bei Kindern dort oft Symptome von Traumata zu beobachten seien. 2020 zeigte eine Studie, dass 53.3 % bereits zuvor davon betroffen waren. Es handelt sich um Posttraumatische Belastungsstörungen PTBS. So heisst es bei Google verkürzt: «Die posttraumatische Belastungsstörung PTBS ist

eine Beeinträchtigung, die nach einem traumatischen Ereignis auftritt. Sie ist gekennzeichnet durch aufdringliche Gedanken, Alpträume und Flashbacks, die Vermeidung von Erinnerungen an das Trauma, negative Stimmungen und Schlafstörungen.»

Es reicht aber nicht, PTBS nur klinisch sehen zu wollen. Gerade im Nahostkonflikt ist es notwendig, die Symptome im Kontext der anhaltenden Besatzung und der Gazakriege seit 2008/2009 und seit dem 7. Oktober 2023 miteinzubeziehen. PTBS ist verknüpft mit ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Interessen. Künftig wird es von Bedeutung sein, Aspekte der seelischen Verwundungen sowohl palästinensischer als auch israelischer Menschen ernsthaft auf Wegen hin zu Frieden miteinzubeziehen, z.B. durch Zugang zu angemessenen psychischen Gesundheitsdiensten.

Jochi Weil-Goldstein, Zürich, 1981 – 2013 Mitarbeiter bei Centrale Sanitaire Suisse CSS Zürich / medico international schweiz

UKRAINE

Billige und teure Solidarität

Es gibt zwei Arten schweizerischer Solidarität mit der Ukraine: eine billige und eine teure und damit wertvolle. JOSEF LANG

Am 17. April 2024, an dem ich diese Zeilen schreibe, lag am Vormittag das Public Eye Magazin in meinem Briefkasten mit dem Titel: „Schweizer Agrarhändler und die Plünderungen durch Russland“. Am Nachmittag lehnte der Nationalrat mit 101 zu 80 Stimmen den Antrag von Franziska Ryser «Beitritt der Schweiz zur Oligarchen-Taskforce» ab. Die SVP und die FDP haben geschlossen zugunsten der Oligarchen und Russlands gestimmt. Nachdem die Schweiz über all die Jahre Putins Kriegskasse gefüllt und nachdem sie Putin die Maschinen geliefert hat, denen er seine Bomber, Raketen, Patronen verdankt, versagt die Schweiz in der Sanktionsfrage – zum Vorteil Putins.

GELDER UND GÜTER FÜR PUTIN

Die Solidarität der Schweiz mit der Ukraine zeigt sich genau in diesen Fragen: Steht sie dazu, dass Putin ihr unzählige Milliarden und zahlreiche Maschinen verdankt, mit denen er Krieg führt? Ist sie bereit, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Geld- wie auch den Güterfluss in Putins Imperium zu stoppen? Ist sie willens, der Ukraine Dutzende von Milliarden für Not- und Wiederaufbauhilfe zur Verfügung zu stellen? Nur wer sich diesen Fragen stellt sowie für Sanktionen und Milliardenhilfe, auch

aus den Kantonen, kämpft, praktiziert wertvolle, teure Solidarität.

Wer beispielsweise in Zug für die Ukraine redet, aber über eine Firma wie Vivalon, die für Russland Raub-Weizen verkauft, schweigt, huldigt einer billigen Solidarität. (Zum Glück ist Zug nicht nur eine Hochburg des ökonomischen Putinismus, sondern auch des politischen Antiputinismus – und das seit 24 Jahren.)

Wer beispielsweise in Bern für die Ukraine redet, sogar die Ukraine-Fahne an den Erlacherhof hängt, aber über die Dual-Use-Firmen schweigt, die Putin jene Maschinen lieferten, mit denen er die Raketen herstellte und herstellt, die heute Charkiw zerstören, betreibt billige Solidarität. Wir wissen, dass in den Worten eines Militärforschers an der ETH „importierte Dual-Use-Güter für die Kampfkraft der russischen Armee eine grössere Rolle spielen als die Einfuhr von fertigen Waffensystemen.“ (NZZ, 12.9.22).

Wer in der Waadt für die Ukraine redet, aber über russische Agro-Firmen wie Aston, Steppe Agroholding oder Grainexport SA schweigt, wer in Genf für die Ukraine redet, aber über all die Sanktionsbrüche auf Kosten der Ukraine schweigt, wer in St. Gallen für die Ukraine redet, aber über die Starrag (Triebwerke für

Bomber) oder die russischen Kohle-Firmen schweigt, wer in Basel für die Ukraine redet, aber über die Pharma-Export-Explosion der letzten zwei Jahre und damit die riesigen Kriegsgewinne schweigt, wer in Zürich für die Ukraine redet, aber über die Rolle des Bankenplatzes oder der Gazprombank schweigt, betreibt billige Solidarität.

Eine Fortsetzung dieser Liste würde im Tessin das Gold, in Luzern das Oligarchen-Sponsoring oder im Jura die Codere thematisieren. Es dürfte keinen Kanton geben, aus dem Putin nicht unterstützt wurde. Aber es gibt Orte, denen Putin besonders viel verdankt. Hier ist eine billige Solidarität besonders billig und eine teure besonders wertvoll.

SANKTIONEN UND WIEDERAUFBAU

Ärgerlich ist es, wenn Leute, denen die wertvolle Solidarität politisch zu teuer ist, weil sie beispielsweise ihren Wirtschaftsstandort nicht kritisieren wollen, von den relevanten Schweizer Fragen ablenken mit der rechtlich unmöglichen und militärisch marginalen Waffen-Frage. Wie viele Milliarden wären in den letzten beiden Jahren nicht nach Russland geflossen und wie viele Milliarden hätten wir in die Ukraine schicken können, wenn die ganze politische Energie auf das gerichtet gewesen wäre, was die Schweiz tun kann und tun muss? Noch ist es nicht zu spät. Verlieren wir keine Zeit! Leisten wir wertvolle Solidarität, auch wenn sie für Bund und Kantone teuer ist!



2. Jahrestag Ukraine-Krieg (Foto: VOLLTOLL / Simon Boschi)

KRIEG UND FRIEDEN

Friedenspolitik in Kriegszeiten

Die aktuellen Kriege in der Ukraine und im Nahost haben vieles verändert. Die Diskussionen werden geprägt von Begriffen wie «Umstellung auf Kriegswirtschaft», «substanzielle Aufrüstung» oder gar dem «potenziellen Einsatz von Atomwaffen». Welche Bedeutung hat Friedenspolitik in dieser Diskussion? MARTIN PARPAN

Ein Krieg ist ein «organisierter und unter Einsatz von Waffen und Gewalt ausgetragener Konflikt». Ziel von Krieg ist es, eigene Interessen durchzusetzen. Kriege entstehen in der Regel nicht aufgrund von Zufällen. Es gibt Faktoren, welche den Boden für Kriege bereiten. Soziale Ungerechtigkeiten, Nationalismus, fehlende Bildung, Ausbeutung, Machtansprüche, politische Herrschaftsstrukturen oder die Manipulation von Meinungen gehören beispielsweise dazu. Wenn Kriege ausbrechen, setzt meist eine Gewaltspirale ein. Die Kriegsparteien und das Umfeld reagieren mit Mitteln, die den Konflikt nicht entschärfen, sondern verschärfen. Auf Waffengewalt wird mit Waffengewalt reagiert. Das Hochschaukeln der Gewaltspirale drängt Stimmen, die nach zivilen Alternativen zur Waf-

fengewalt rufen, an den Rand. Sie werden als «Naivlinge» oder «Gutmenschen» titulierte. Jene, die sich schon immer für mehr Aufrüstung ausgesprochen haben, fühlen sich durch den Krieg in ihrer Haltung bestärkt. Seht her, es herrscht Krieg! Wir haben immer davor gewarnt! Der Gedanke, dass sie mit ihrer Politik der Aufrüstung in Friedenszeiten spätere Kriege begünstigt und diesen den Boden bereitet haben, können oder wollen sie nicht sehen.

Friedenspolitik verfolgt das gegenteilige Konzept. Friedenspolitik will in Friedenszeiten dafür sorgen, dass der Frieden Bestand hat. Sozialer Ausgleich, Förderung von demokratischen Systemen, Chancengleichheit und Bildung gehören beispielsweise dazu. Friedenspolitik bekämpft Strukturen, die im Widerspruch dazu stehen.

Bezogen auf das reiche Land Schweiz heisst das, dass wirtschaftliche Interessen nicht über alles gestellt werden. Waffen in die ganze Welt zu exportieren, ist das exakte Gegenteil von Kriegsverhinderung. Geschäfte mit zwielichtigen Figuren zu tätigen, die in ihren Ländern Werte vertreten, die gegen die Interessen der Bevölkerung stehen, ebenfalls nicht. Und wenn Banken nach wie vor Investitionen tätigen, die wenigen Menschen viel Reichtum bringen und viele ärmer werden lassen oder die Umwelt schädigen, dann ist das ebenfalls das Gegenteil von Friedenspolitik.

WENN MENSCHEN ZU BESTIEN WERDEN

Die Welt ist fragil und unsicher geworden. Autokraten und Nationalisten gewinnen an Bedeutung und erhöhen das Risiko von weiteren Kriegen. Wenn die Büchse der Pandora «Krieg» einmal geöffnet ist, dann ist es schwierig, Gegensteuer zu geben. Dies umso mehr, weil die Geschichte und die Gegenwart uns lehren, dass Menschen im Krieg zu «Bestien» werden können. In Strukturen von «Befehl und Gehorsam» können Menschen Dinge tun, die vor dem Krieg

absolut unvorstellbar waren. Kriege können dazu führen, dass Männer Säuglinge an die Wand werfen. Es sind die Säuglinge des Gegners. Massenexekution, Massengewalt, das Abschlachten von Zivilist*innen gehören zum Krieg. Kriege führen dazu, dass es Menschen gibt, die ein Gefühl der Befriedigung empfinden, wenn sie andere Menschen foltern. In Kriegen werden Werte umgedeutet. Im Dienste der Truppe zu morden, wird zum Heldentum verklärt. Über die Zeit sinkt die Hemmschwelle zur Grausamkeit. Es braucht immer weniger Überwindung, das Grausame zu tun. Kriege führen dazu, dass sich Menschen Stück für Stück von jeder Menschlichkeit entfernen und sich selbst als Mensch verlieren. Krieg ist unvorstellbar grausam. Diese Grausamkeit des Krieges ist Argument und Verpflichtung genug, um immer für eine aktive Friedenspolitik einzustehen. Und zwar laut und fordernd! Mit der GSOA tun wir dies seit 1982 konsequent und nachhaltig. Und wir werden es weiterhin tun. Dies ist gerade in Kriegszeiten besonders wichtig und unverzichtbar. Friedenspolitik bereitet den Frieden vor, Kriegspolitik den Krieg.

DIE LETZTE

ARMEEFINANZEN

Es ist Zeit, Prioritäten zu setzen

Fast 60% der Stimmbevölkerung legte am 3. März ein JA zur 13. AHV-Rente in die Urne. Der klare Sieg lanciert eine weitreichende Diskussion darüber, wo die Schweiz Geld ausgeben soll. Und wo nicht. TIMOTHY OESCH

Derzeit wirkt es, als würde die antimilitaristische Bewegung im Abseits stehen. Unsere Gegner*innen behaupten, dass wir das Militär kaputtsparen. Sie behaupten, dass wir Träumer*innen sind, wenn wir fordern, dass die Schweiz den wichtigsten Abrüstungsvertrag unserer Zeit, den Vertrag für ein Atomwaffenverbot, unterzeichnet. Und sie behaupten, dass wir somit die Sicherheit unseres Landes aufs Spiel setzen. Sie versetzen die Bevölkerung mit

Horrorszenarien von russischen Panzern am Ufer des Bodensees in Angst und Schrecken und nutzen diese Hirngespinnste schamlos aus: Der militärische Komplex, ebendieser, der es Putin möglich gemacht hat, die Ukraine erst anzugreifen, lanciert nun auch in der Schweiz einen Aufrüstungswettkampf.

Die Realität zeigt ein anderes Bild. Recherchen decken auf, dass die Anzahl Angehöriger der Armee derzeit fast 7'000 Personen über

der erlaubten Höchstzahl liegt. Das VBS selbst schliesst einen bewaffneten Konflikt in der Schweiz fast kategorisch aus. Ein Blick auf die Schweizer Armeeaussgaben pro Kopf erteilt der Armee-kaputt-gespart-Hypothese eine klare Abfuhr: In dieser Kennzahl zählt die Schweiz nämlich zu denjenigen Staaten Europas, die am meisten für ihr Militär ausgeben. Werden die gesamten Opportunitätskosten der Armee hinzugerechnet, liegen wir sogar auf dem zweiten Platz. Die politische Diskussion und die faktische Realität klaffen meilenweit auseinander.

In der Schweiz wird nicht über das Budget des VBS abgestimmt: Ein Rüstungsreferendum gibt es nicht. Zahlen der Militärakademie der ETH zeigen jedoch, dass 80% der Bevölkerung gegen eine Erhöhung des Militärbudgets sind.

Die ausgesprochen hohe Zustimmung für den Ausbau der AHV-Rente zeigt: Die Stimmbevölkerung will keinen imaginären Feind bezwingen, sondern die konkreten und echten Probleme unseres Landes angehen. Statt Jahr für Jahr den Armeeapparat auszubauen, muss die Politik ein für allemal einsehen, dass die wahren Bedrohungen nicht Putin an den Grenzen, sondern die rasant fortschreitende Klimaerhitzung, die abartige Schere zwischen Arm und Reich und die explodierenden Kosten für Miete, Krankenkassen und Lebenserhaltung sind. Der Juni-Abstimmungstermin steht vor der Tür. Ein Ja zur Prämien-Entlastungs-Initiative wird den Weg weisen.

Hallo Timothy!

Seit März dieses Jahres arbeitet auf dem Sekretariat in Zürich ein neues Gesicht. Dass Timothy Justin Oesch aber eigentlich schon seit Mitte Februar mitdenkt, sagt vieles über sein Wirken und seine wertvolle Unterstützung aus. JORIS FRICKER

Als sich das Sekretariat Mitte Februar in den Bündner Bergen zur Retraite zurückzog, um das kommende Halbjahr und insbesondere die anstehende Initiative zu planen, war Timothy bereits anwesend. Was neuen Seki-Mitgliedern meist als Angebot zum Reinschauen dient, nutzte Timothy, um sich bereits erste Aufgaben aufzuhalsen – obschon er seine Arbeit erst Anfang März offiziell aufnahm. Seine jahrelange Erfahrung als JUSO-Aktivist und politischer Campaigner kommt bei der GSoA nun voll zum Tragen. Besonders die Erfahrung und das Know-How mit Online-Kampagnen, das speditive Aufsetzen und Erstellen

von Kampagnen-Websites und frischen Grafiken sind dem Sekretariat und letztlich der ganzen GSoA eine grosse Hilfe. Denn die anstehenden Monate werden mit der Sammlung einer nationalen Volksinitiative viel Arbeit mit sich bringen. Der 24-jährige Timothy bringt nebst seinen Polit-, Sprach- und Auftrittskompetenzen aber noch etwas mit, das nicht zu unterschätzen ist: Eine ansteckende Portion Fröhlichkeit, Offenheit und pure Motivation.

Ende März hat **Kilian Bello** das Sekretariat in Genf verlassen. Wir danken ihm für seine wertvolle Arbeit und freuen uns, dass uns seit Anfang Mai **Nadia Magnin** tatkräftig unterstützt.

GREGOR,
das glückliche Gewehr



Bestellatalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		Fr. 28.-
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirtf «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE <input type="checkbox"/> Shalom-Salaam		Fr. 12.-	
	Stickers			kostenlos	
	Sticker Antimilitaristisches Manifest	10 Stck.		Fr. 2.-	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set		Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	Jubiläums-T-Shirts 40-Jahre GSoA:				
	Stop the Army	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defend Earth, End War	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defund Military, Cultivate Peace	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Versandkostenanteil			Fr. 5.-	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-		
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.-	<input type="checkbox"/> Fr. 20.-	<input type="checkbox"/> Fr. 10.-
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop